

# SPÖ Rabenstein informiert

*Sehr geehrte  
Rabensteinerinnen  
und Rabensteiner!*



**Jetzt beginnt wieder die Zeit,  
in der man morgens einen  
Pullover anzieht, es mittags  
bereut und sich abends  
wünscht, man hätte doch eine  
Jacke mitgenommen.**

## **Liebe Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger!**

Wir hoffen, Sie hatten eine schöne Sommer- bzw. Urlaubszeit. Der Herbst bringt jetzt wieder einige Dinge, die wir auch gerne an Sie weitergeben.

### **Ein ganz wichtiger Hinweis für Sie alle:**

Es startet am 19.9.2022 die Unterschriftenleistung in unserem Gemeindeamt für ein **Volksbegehren** mit der Kurzbezeichnung



### **„FÜR UNEINGESCHRÄNKTE BARGELDZAHLUNG“**

mit Ende des Eintragszeitraumes 26.9.2022. Hier nur als kurzer Auszug zum besseren Verständnis:

Es geht dabei darum, dass der Gesetzgeber bundesverfassungsgesetzliche Maßnahmen treffen möge, um die Beibehaltung des uneingeschränkten Bargeldzahlungsverkehrs zu verankern. Das Bargeld ist im vollen Umfang als Zahlungsmittel und Vermögensform zu schützen, ohne Obergrenze. Nur eine Verankerung des Bargeldes in der Bundesverfassung gewährt die Freiheit und Verfügbarkeit privaten Vermögens und ist als Grundrecht abzusichern.

Das Bargeld ist im vollen Umfang als Zahlungsmittel und Vermögensform zu schützen, ohne Obergrenze. Nur eine Verankerung des Bargeldes in der Bundesverfassung gewährt die Freiheit und Verfügbarkeit privaten Vermögens und ist als Grundrecht abzusichern.

### **Bitte hingehen und unterschreiben!**

Wo: In unserem Gemeindeamt bis 26.9.2022 !

Oder online mit Handysignatur unter:

<https://www.oesterreich.gv.at/oeservices.html>

Ein weiterer Termin, den wir an dieser Stelle für Sie nennen wollen: Sie entscheiden, wer in die Hofburg einzieht und unser Land vertritt.

**Bundespräsidentenwahl  
am 9. Oktober 2022**



**Menschlichkeit siegt.**

*Ihre GGRin Ilse Schindlegger  
und  
das Team der SPÖ Rabenstein*

Nach wie vor haben wir ein ganz wichtiges Thema an oberster Stelle, wo wir als SPÖ nicht locker lassen werden, nämlich die



Unsere Versuche, die bestehende Regierung von notwendigen Maßnahmen gegen die massive Teuerung zu überzeugen werden wir nicht aufgeben, das sind wir den Menschen schuldig.

Eine Gebührenbremse wäre der richtige Weg; Sozialdemokraten müssen bei der notwendigen Entlastung der Menschen Vorbild sein, wo es in ihrer Macht steht. Da wir nicht in der Regierung sind, können wir immer wieder nur darauf aufmerksam machen. Gebührenerhöhungen - in einer Zeit, in der die Österreicherinnen und Österreicher nicht wissen, wie sie ihre Strom- und Gasrechnung, ihren Lebensmitteleinkauf oder die nächste Tankfüllung bezahlen sollen – sind dabei die denkbar schlechteste Option.“ So der Landeshauptfrau-Stellvertreter Franz Schnabl.

„Die niederösterreichische Bevölkerung wird von den Energiekonzernen aktuell regelrecht ausgenommen, was für viele Menschen in unserem Bundesland zusehends zum massiven Problem wird!“, betont die Energiesprecherin der SPÖ NÖ, LAbg. Kathrin Schindele. Es kann nicht sein, dass ein Energieunternehmen wie die EVN, das überwiegend mit Wasserkraft Strom produziert, den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern einfach den Wucherpreis von Gas verrechnet, nur um deren Aktionäre zu befriedigen und gierig Gewinne abzuschöpfen!“

LAbg. Schindele: „Milliardengewinne der Energiekonzerne zulasten der Bevölkerung müssen sofort ein Ende haben!“



Die Inflation ist hoch wie seit fast 50 Jahren nicht mehr und wird laut Expert\*innen weiter deutlich ansteigen. Ein durchschnittlicher Haushalt ist mit 3.000 Euro im Jahr zusätzlich belastet – das ist nicht mehr zumutbar. SPÖ-Vorsitzende, Klubobfrau Pamela Rendi-Wagner fordert daher gemeinsam mit dem Ökonomen und Finanzmarktexperten Univ.-Prof. Ewald Nowotny dringend eine Trendumkehr bei der Inflation, damit die Preise nicht noch stärker ansteigen. "Um diese Trendumkehr zu schaffen, braucht es gezielte, preissenkende Maßnahmen. Die Regierung hat die Möglichkeit, sie muss sie nur nützen", verweist Rendi-Wagner auf Frankreich oder Deutschland, die dank preissenkender Maßnahmen eine deutlich geringere Inflation als Österreich haben.

Neben sozialpolitischen Maßnahmen, die die Kaufkraft stärken und Armut verhindern sollen – etwa eine wirksame Pensionserhöhung – braucht es Maßnahmen, die die Preise gezielt senken und die Inflation damit dämpfen. "Diese Maßnahmen fehlen derzeit komplett. Doch die Inflation ist kein Naturereignis, dem man hilflos ausgesetzt ist", so die SPÖ-Chefin Richtung Bundesregierung. Die SPÖ hat dazu ein [5-Punkte-Gesamtpaket zur Preissenkung](#) vorgeschlagen, das u.a. einen **Strom- und Gaspreisdeckel**, das Einfrieren der Mieten bis 2025 und das Aussetzen der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und Sprit umfasst.

## Infos zum Gesundheitswesen



SPÖ-Nationalaratsabgeordneter Rudolf Silvan fordert stärkere Verantwortung der Arbeitgeber für die Finanzierung des Gesundheitswesens.

Rund zehn Milliarden Euro an volkswirtschaftlichen Kosten durch Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und berufsbedingte Erkrankungen werden in Österreich jährlich durch die Arbeitswelt verursacht. SPÖ-Abgeordneter Rudolf Silvan fordert daher eine breite Diskussion zur Finanzierung des Gesundheitswesens, denn: „Die Unternehmen leisten dafür lediglich Beiträge in der Höhe von rund 1,4 Milliarden Euro an die Unfallversicherung AUVA“, erklärt er. Den restlichen Teil tragen die Spitalserhalter und die Gesundheitskasse bei. Also wiederum die Arbeitnehmer\*innen und Pensionist\*innen, die für deren Finanzierung zum großen Teil über das Steueraufkommen sorgen. Geht es nach dem Gewerkschafter, der auch Mitglied im Gesundheitsausschuss des Parlaments ist,

sollten zukünftig jedoch die Arbeitgeber mehr finanzielle Verantwortung für diese durch die Wirtschaft verursachten Kosten übernehmen.

In einer Umverteilung der Kosten zwischen der Gesundheitskasse und den Ländern sieht Silvan keinen unmittelbaren Vorteil, der zur nachhaltigen Stärkung des Gesundheitswesens beitragen würde. Eher würden dadurch Gelder von A nach B verschoben. Denn es handelt sich in jedem Fall um Gelder, die zum Großteil über Steuern von den Arbeitnehmer\*innen und Pensionist\*innen kommen, denn über 80 Prozent der Steuerlast werden von Arbeitnehmer\*innen, Pensionist\*innen und Konsument\*innen gestemmt.

## Türkis – Grün .... Ist nur in der Natur schön ....

Unsere Türkis-Grüne Regierung finanziert Großkonzerne oder gibt z.B. Staatshilfen für Wettbüros und Glücksspiel (23,2 Mio.€). Die Steuereinnahmen aus den Arbeitseinkommen der „Vielen“, werden für die Vermögensrettung „Weniger“ verwendet.



Wir möchten an dieser Stelle ein paar wenige Dinge in Erinnerung rufen, die für alle zur Selbstverständlichkeit geworden sind und Entscheidungen für das Volk (Arbeiterinnen und Arbeiter, Pensionistinnen und Pensionisten und unsere Kinder) lassen zur Zeit auf sich warten. Viele Länder schaffen Preisstopps und Deckelungen in den verschiedensten lebenswichtigen Bereichen - wir warten noch immer darauf.

Es sind die Sozialdemokratischen Errungenschaften aus einer 70-jährigen **Erfolgsgeschichte** der Zweiten Republik von **der SPÖ**. Davon fast 60 Jahre in Regierungsverantwortung. Seit 1970 – abgesehen von 2000 bis 2007 (Kanzler Schüssel) – als Kanzlerpartei.

So zum Beispiel:

- Einführung des Mutterschutzes und des Karenzurlaubsgeldes, Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung für die Pension
- Abschaffung Schulgeld, Schaffung Schülerfreifahrt, Gratis Schulbuch
- Steuerliche Entlastung für Familien, Ausweitung der Familienbeihilfe, Familienhärteausgleich
- Vier Wochen Lohn auch im Krankheitsfall
- 40-Std-Woche, Arbeitszeit in bestimmten Branchen 38,5 Std., Mindesturlaub-Anhebung auf 5 Wochen
- Einführung Pflegegeld, Pflegefonds
- Geringfügig Beschäftigte werden sozialrechtlich abgesichert

- Sanierung der Krankenkassen, die jetzt von Türkis-Grün durch die Zusammenlegungen nahezu unüberschaubar in ein hohes Minus gebracht werden
- Gratis-Zahnspange für Kinder mit erheblicher Fehlstellung
- Selbstbehalt im Spital für Kinder abgeschafft
- Ausbau der Primärversorgung, bessere medizinische Versorgung für alle, Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung
- Größte Steuerreform in der 2. Republik
- 750 Mio € für Ausbau von Ganztagschulen und schulischer Ferienbetreuung
- 1.500 € Mindestlohn

Das sind nur einige Punkte, die von der SPÖ gemeinsam mit den gesetzlichen Interessensvertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zugunsten der Österreicherinnen und Österreicher zurückzuführen sind. In der jetzigen Regierung finden Gewerkschaften, welche die Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind, keinen Zuspruch bzw. es erfolgt vielfach keine Anhörung zur Problemstellung des „kleinen Mannes/der kleinen Frau“. Vielleicht auch noch für die Kritiker\*innen an Rendi-Wagner: sie vertritt sehr engagiert die Sozialdemokratie, aber es geht bei einer Nationalratswahl (auch einer Landtagswahl) nicht um Einzelpersonen, sondern um ein Team, welches die Partei und ihre Werte und Einstellungen vertritt. Die SPÖ ist die Partei, die sich in der Gemeinsamkeit um Sorgen und Nöte der Bevölkerung schon immer angenommen hat.

-----  
Abschließend noch einen Termin zum Vormerken:  
für alle Wanderfreudigen – wir wandern wieder am 26. Oktober in Rabenstein:

## **SPÖ Wandertag in Rabenstein**



**Mittwoch, 26. Oktober 2022**

Start: 8.00 Uhr - 12.00 Uhr

Sportplatz Rabenstein

-----  
„Nach einem schönen Sommer wünschen wir einen angenehmen Herbst mit möglichst erträglichen Abläufen rund um Corona, damit wir nicht wieder mit Lockdowns und dem Allein-Sein kämpfen müssen ..... wir brauchen die Menschen um uns herum.“



**bleiben Sie gesund!**

**Unser Team hat immer ein offenes Ohr für Eure Anliegen und wir geben gerne Eure Ideen weiter. Bitte sprecht uns an und teilt uns mit, was Euch bewegt!**